

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 90 (2010)
Heft: 975

Artikel: Hayek und die Privatisierung des Geldes
Autor: Polleit, Thorsten
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-168464>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 14.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Papiergeld beruht auf Vertrauen. Papier lässt sich beliebig vermehren. Vertrauen nicht. Das ist ein Problem. Wie könnte ein Geldsystem aussehen, das Vertrauen honoriert statt konsumiert?

6 Hayek und die Privatisierung des Geldes

Thorsten Polleit

* Das Regressionstheorem besagt, dass der Wert des Geldes heute auf dem Wert des Geldes gestern beruht usw. Daraus folgt, dass Geld aus einem Sachgut mit intrinsischem Wert entstanden sein muss.

Das aktuelle Kredit- und Geldsystem geniesst eine breite Akzeptanz auf dem ganzen Planeten, von links nach rechts, von oben nach unten. Das gibt ihm ein grosses Ansehen – aber darum nicht auch schon eine höhere ökonomische und ethisch-moralische Legitimität. Denken wir daran: dieses System ist erst ein paar Jahrzehnte alt. Wenn wir es heute hinnehmen, als wäre es gottgegeben oder die beste Form, um das Geldwesen zu organisieren, so zeigen wir damit bloss, dass uns der «historische Sinn» (Friedrich Nietzsche) fehlt.

Man kann die Sache nämlich auch anders sehen. Zum Beispiel so: wohl kaum etwas schadet der freien Markt- und Gesellschaftsordnung so sehr wie das staatlich beherrschte Kredit- und Geldsystem. Es provoziert eine Wirtschafts- und Finanzkrise nach der anderen. In der Öffentlichkeit werden die Missstände – Rezession und Arbeitslosigkeit – dann regelmässig dem Kapitalismus zur Last gelegt. Indem der Kapitalismus zum Sündenbock gestempelt und der Ausweg aus der Misere in staatlichen Markteingriffen erblickt wird, verfangen sich die Gesellschaften immer tiefer im Gestrüpp des Interventionismus, der zuletzt in die Befehls- und Staatswirtschaft führt. Es scheint, als hätten wir aus dem Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus nichts gelernt.

Der Interventionismus will bekanntermassen das Privateigentum nicht geradezu abschaffen, aber immerhin das Handeln der Eigentümer der Produktions- und Kapitalmittel durch fallweise erlassene Gebote und Verbote beeinflussen und regulieren, um so politisch wünschenswerte Ziele zu erreichen. Der Staat zwingt mithin die Akteure dazu, etwas zu tun, was sie aus wohlverstandenen

Eigeninteresse freiwillig nicht tun würden, d.h. sie werden gezwungen, im Markt Fehlanreize zu produzieren, die zwangsweise zu immer neuen Verwerfungen führen, die nach immer weiteren Interventionen rufen.

Entsprechend liegt die Ursache der beklagten «internationalen Kreditkrise» auch durchaus nicht im Kapitalismus, sondern im staatlichen Kredit- und Geldsystem. Mit einer chronischen Niedrigzinspolitik haben die staatlichen Zentralbanken, von der Politik animiert, über die letzten Jahrzehnte für ein gewaltiges Auftürmen von Kredit- und Geldmengen gesorgt. Schon vage Anzeichen einer nahenden «Bereinigungsrezession» haben sie mit noch mehr Kredit und Geld und noch niedrigeren Zinsen «bekämpft». Im Zeitablauf wurde die sich so entwickelnde immense Verschuldungspyramide mittlerweile zur weltweiten Massenüberschuldung.

Kreditgeber, insbesondere Banken, sehen sich nun der wachsenden Sorge gegenüber, dass Schuldner ihre Verbindlichkeiten nicht mehr vertragsgemäss bedienen können. Entsprechend wollen sie fällige Kredite nicht mehr, oder höchstens zu deutlich höheren Zinsen, erneuern. Gleichzeitig sind (Dauer-)Schuldner nicht in der Lage, fälligwerdende Kredite zu tilgen oder höhere Zinsen auf ihre Schulden zu bezahlen. Unter diesen Umständen wird der Entschuldungsprozess, auf den die freien Marktkräfte nun drängen, als unerwünscht erklärt und von den Regierungen (d.h. den Hauptschuldner) nicht überraschend mit allen Mitteln bekämpft.

Die Zentralbanken versuchen mit noch mehr Geld und noch niedrigeren Zinsen der Phänomene Herr zu werden, die sie mit zuviel Kredit und Geld zu niedrigen Zinsen heraufbeschworen haben. Die Regierungen bewahren mit einer bisher nie dagewesenen Umverteilung eine Reihe Banken vor dem Kollaps. Sie garantieren Bankverbindlichkeiten und stellen Banken aus Steuergeldern finanzierte Eigenkapitalspritzen zur Verfügung. Die daraus resultierenden finanziellen Lasten laufen Gefahr, die Zahlungsfähigkeit und -bereitschaft der Steuerzahler mittelfristig zu überfordern. Das ist ein Weg, der – die Deutschen haben Erfahrung – in Hyperinflation zu münden droht.

Friedrich August von Hayek (1899–1992), Nobelpreisträger für Ökonomie des Jahres 1974 und Schüler von Ludwig von Mises (1881–1973), fordert in seinem Buch «Denationalisation of Money» (1976) das Ende des staatlichen Geldangebotsmonopols und die Privatisierung

des Geldsystems. Er spricht sich darin für einen Wettbewerb der Währungen aus. Wie beim Wettbewerb in jedem anderen Gütermarkt würde dies, so Hayek, für gutes Geld sorgen. Nur jene Geldanbieter würden dauerhaft auf dem Markt verbleiben, die die Kundenwünsche dauerhaft zufriedenstellend befriedigen. Und dieser Disziplinierungszwang durch Wettbewerb würde Geld von besserer Qualität hervorbringen, als es die Regierungen jemals zu erzeugen vermöchten. Die neuen Arten von Geld brächten der Mehrheit der Konsumenten neue Wahlmöglichkeiten und würden sie vor der beliebigen Geldwertmanipulation der Regierungen bewahren.

Doch Hayeks Reformvorschlag eines Währungswettbewerbs hat vielfach zur Verunsicherung beigetragen. Man fragte sich, ob die Freiheit, dass jedermann Geld anbieten kann, nicht im Währungs- und Inflationschaos enden würde. Dies braucht jedoch keineswegs der Fall zu sein, wie die Geschichte des Geldes lehrt. Es war Murray N. Rothbard (1926–1995), ebenfalls Schüler von Ludwig von Mises, der eine solche Möglichkeit bereits zuvor auch theoretisch untermauert hatte. In seinem Beitrag «The Case for a 100 Percent Gold Dollar» (1963) zeigte er, dass Hayeks Währungswettbewerb nicht eine Flut von Geldanbietern hervorbringen würde. Denn das bloss Ausgeben von neuem Geld – etwa in Form von Banknoten oder Sichteinlagen, die auf neue Namen lauteten – gelänge deswegen nicht, weil das neue Geld nicht als Geld akzeptiert würde.

Geld, so Rothbard, muss sich aus dem freien Marktprozess herausbilden, ganz so wie es das bahnbrechende, von Mises im Jahre 1912 formulierte Regressionstheorem postuliert.* Neuausgegebene Banknoten oder Buchgeld in Form von Computereinträgen würden nicht als Geld akzeptiert werden – einfach deshalb, weil ihnen ein intrinsischer Wert abgeht und weil niemand ihren Tauschwert zu bestimmen vermöchte. Vielmehr würden die Marktteilnehmer in einem Währungswettbewerb selbst das Geldmedium wählen – aller Voraussicht nach Edelmetalle wie Gold oder Silber. Einige Banken würden *de facto* als Lagerhäuser für Geld fungieren, und andere Banken würden – strikt getrennt vom Einlagengeschäft – die Kreditversorgung übernehmen.

Hayeks Reformvorschlag eines Währungswettbewerbs würde also vermutlich auf einen Gold- oder Edelmetallstandard hinauslaufen. Das freie Marktgeld könnte zwar eine Vielzahl von Lagerhausscheinen hervorbringen (ausgegeben von Bank A, B, C oder D und so weiter). Sie

alle wären jedoch nur Geldsubstitute: sie würden einen Anspruch auf eine physische Menge des unterliegenden Geldmediums (wie zum Beispiel Gold) repräsentieren. Dies wäre keinesfalls ein Währungs- und Inflationschaos. Ein solches System verspräche nicht nur «besseres», das heisst wertbeständiges Geld, sondern Konjunkturverläufe würden auch weniger schwankungsanfällig, weil freies Marktgeld Fehlinvestitionen und damit Wirtschaftskrisen entgegenwirkt.

Der Spielraum für wachstumsschädliche, regelmässig durch Wirtschafts- und Finanzkrisen provozierte Marktinterventionen würde reduziert und gleichzeitig die Bedrohung der Freiheit entschärft, die aus der latenten Gefahr monetärer Planwirtschaft erwächst. Freies Marktgeld ist mithin die beste Versicherung gegen die Unbeherrschbarkeit und Willfährigkeit des staatlichen Papiergeldmonopols.

Murray N. Rothbard schlug auch eine Reformstrategie vor, um vom herrschenden Staatsgeldsystem zu einem freien Marktgeld zu gelangen. In einem ersten Schritt wären die Verbindlichkeiten

Freies Marktgeld ist die beste Versicherung gegen die Unbeherrschbarkeit und Willfährigkeit des staatlichen Papiergeldmonopols.

der Banken in einem festen Umtauschverhältnis an das Gold anzubinden, das noch in den Kellern der Zentralbanken lagert. Gleichzeitig wäre Geldhaltern das Recht einzuräumen, ihre Bankguthaben jederzeit in Gold umzutauschen. Die Kreditinstitute wären jederzeit zahlungsfähig. Bankpleiten würden nicht mehr die volkswirtschaftliche Geldmenge vermindern, und Steuerzahler würden nicht in die Pflicht genommen für Verluste aus dem Bankgeschäft.

In einem zweiten Schritt könnte das Geldsystem privatisiert, also in ein System des *free banking* entlassen werden. Geschäftsbanken könnten wie bisher als Empfänger von Einlagen und Anbieter von Krediten tätig sein. Allerdings würden sie die Geldmenge durch Kreditgewährung nicht mehr verändern. Denn vermutlich würde der Marktstandard für gutes Geld, wie in früheren Epochen auch, ein durch Gold und/oder Silber gedecktes Geld sein («Bimetallismus»). Zentralbanken würden die Hoheit über die Geldmenge verlieren und vermutlich durch privatwirtschaftlich organisierte Einlagensicherungsfonds ersetzt werden.

THORSTEN POLLEIT, geboren 1967, ist Honorarprofessor für Finanzökonomie an der Frankfurt School of Finance & Management.